



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
ING. HARALD ETTL

II-8269 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.260/124-I/6/89

17. Juli 1989

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 W i e n

3763 IAB

1989 -07- 18

zu 3764 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Adelheid Praher und Genossen haben am 18. Mai 1989 unter der Nr. 3764/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausbildungsstätte für Zahnärzte in St. Pölten gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie entsprechende Initiativen setzen, um durch eine Vermehrung von Ausbildungsstellen für Zahnärzte eine bessere zahnärztliche Versorgung sicherzustellen?
2. Sind Sie bereit, sich für die seit Jahren geforderte Einrichtung einer Ausbildungsstätte für Zahnärzte am niederösterreichischen Schwerpunktkrankenhaus der Stadt St. Pölten einzusetzen?
3. Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt kann mit einer Realisierung gerechnet werden?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Vermehrung der zahnärztlichen Ausbildungskapazität ist ein wesentlicher Punkt des von mir im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung eingebrachten Maßnahmenpaketes gegen Jungmedizinerarbeitslosigkeit, das in der Sitzung des Ministerrates am 2. Mai 1989 beschlossen wurde.

Ich bin auch bereits in einem persönlichen Schreiben an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung herangetreten und habe vorgeschlagen, zunächst die Zahl der Ausbildungsplätze an den Universitätskliniken in Graz und Innsbruck zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu erhöhen, da die Wiener Universitätsklinik im Hinblick auf die Zahl der dort behandelten Patienten nach Auskunft des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bereits ausgelastet ist.

Zu Frage 2:

Die Absolvierung eines Teiles der zahnärztlichen Ausbildung am Krankenhaus St. Pölten wäre derzeit nur im Rahmen einer Exposition der Wiener Universitätsklinik möglich. Wie auch aus der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2009/J vom 30. Mai 1988 durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung hervorgeht, ist dies in der Vergangenheit wegen der damit verbundenen organisatorischen Probleme nicht für realisierbar gehalten worden. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Ministerratsbeschluß vom 2. Mai 1989 wird aber auch die Möglichkeit der Vermehrung zahnärztlicher Ausbildungsplätze im Wege der Einbeziehung von anderen Ausbildungseinrichtungen, als die Universitätskliniken, erneut überprüft werden.

Zu Frage 3:

Da die zahnärztliche Ausbildung in den Kompetenzbereich des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung fällt, möchte ich keinen konkreten Zeitpunkt nennen. Ich habe aber in meinem persönlichen Schreiben an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es mir zur Sicherung einer ausreichenden medizinischen Versorgung der österreichischen Bevölkerung unumgänglich notwendig erscheint, rasch zu handeln.

SH